

Abtreibungen um 2,5 Prozent gestiegen

Wiesbaden. Die Zahl der vorgeburtlichen Kindstötungen steigt wieder. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, wurden dem Amt im vergangenen Jahr 101.200 Abtreibungen gemeldet. Das sind 2.479 (2,5 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. Wie es in einer Pressemitteilung der Behörde heißt, seien knapp drei Viertel der Frauen (72 Prozent) zwischen 18 und 34 Jahren alt gewesen. 17 Prozent waren zwischen 35 und 39 Jahre alt, rund acht Prozent 40 Jahre und älter. Der Anteil der unter 18-Jährigen betrug drei Prozent. Rund 39 Prozent der Frauen hatten vor der Abtreibung noch keine Lebendgeburt. Die Mehrheit der vorgeburtlichen Kindstötungen (61 Prozent) wurde mittels der Absaugmethode (Vakuumaspiration) vorgenommen. In rund 21 Prozent der Fälle wurde die Abtreibungsspielle Mifegyne verwendet. Die Eingriffe erfolgten überwiegend ambulant – rund 79 Prozent in gynäkologischen Praxen, 18 Prozent in Krankenhäusern. Wie das Amt weiter mitteilte, erfolgten 96 Prozent der dem Amt gemeldeten vorgeburtlichen Kindstötungen nach der Beratungsregelung. Medizinische und kriminologische Indikationen seien in vier Prozent der Fälle Grund für die Abtreibung gewesen.

Kirchen laden zur „Woche für das Leben“

Trier. Unter dem Motto „Kinderwunsch. Wunschkind. Unser Kind!“ rufen die katholische und die evangelische Kirche zur diesjährigen „Woche für das Leben“ (14. bis 21. April) auf. Wie der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Reinhard Kardinal Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), Landesbischof

Heinrich Bedford-Strohm, in einem gemeinsamen Geleitwort betonen, lade die diesjährige „Woche für das Leben“ zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Methoden der Pränataldiagnostik ein. Inhaltlich gehe es darum, die „Kehrseite“ der diagnostischen Möglichkeiten zu beleuchten. Frauen und Paare seien mitunter gerade zu Beginn einer Schwangerschaft einem inneren und äußeren Druck ausgesetzt. So etwa wenn es heißt, dass ein mit Krankheit oder Behinderung geborenes Kind „heute nicht mehr nötig“ sei. Eine solche Haltung, die durch die Pränataldiagnostik unterstützt werde, könne Frauen und Paare in tiefe Konflikte stürzen. Der DBK-Vorsitzende und der EKD-Ratsvorsitzende halten dem entgegen: „Jedem Kind kommt die gleiche Würde zu, unabhängig von allen Diagnosen und Prognosen. Jedes Kind ist ein Bild Gottes und wird von ihm geliebt.“ Die Kirchen ermutigen Eltern dazu, ihr Kind ohne Vorbehalt anzunehmen. Eröffnet wird die diesjährige „Woche für das Leben“ am 14. April in Trier. An dem ökumenischen Gottesdienst nehmen neben Bedford-Strohm und Marx auch der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski und der Trierer Bischof Stephan Ackermann teil.

FDP will Förderung künstlicher Befruchtungen ausweiten

Berlin. Die FDP will die staatliche Förderung künstlicher Befruchtungen auch auf homosexuelle Paare und Alleinstehende ausdehnen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache 19/585) beriet der Bundestag Anfang Februar in Erster Lesung. Derzeit übernimmt die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für Ehepaare die Hälfte der Kosten für die ersten drei Versuche einer künstlichen Befruchtung. Laut der FDP kann der von den Paaren zu tragende Eigenanteil bei bis zu 6.000 Euro pro Versuch liegen. Einige Bundesländer haben eine Bund-Länder-Vereinbarung unterzeichnet, die im Ergebnis

dazu führt, dass die Paare nur noch ein Viertel der Kosten pro Versuch selbst tragen müssen. Die Kosten des anderen Viertels teilen sich Bund und Land zu gleichen Teilen. Voraussetzung ist, dass die Antragsteller in dem betreffenden Bundesland mit erstem Wohnsitz gemeldet sind.

Die FDP will nun die entsprechende Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur assistierten Reproduktion so ändern, dass der Bund unabhängig von einer Mitfinanzierung durch die Länder 25 Prozent der Kosten übernimmt, die bei einer künstlichen Befruchtung anfallen und zwar für die ersten vier Versuche. Die Förderung soll zudem auch auf Alleinstehende ausgedehnt werden. Gefördert werden soll künftig zudem „die Nutzung von Samenzellspenden“ sowie von „kryokonservierten Ei- und Samenzellen“.

Geprüft werden solle, inwiefern die für eine Förderung geltende Altersgrenze bei Frauen (bis zum 40. Lebensjahr) „noch der Lebenswirklichkeit“ entspreche. Finanziert werden soll das Ganze nach Vorstellungen der FDP durch Umschichtungen im Haushalt des Familienministeriums (Einzelplan 17). Nach einer rund 30 minütigen Debatte überwies der Bundestag den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an die Ausschüsse.

Schweiz will keine Abtreibung wegen des Geschlechts

Bern. In der Schweiz sollen Ärzte Eltern, die einen pränatalen Gentest in Auftrag geben, das Geschlecht des Kindes künftig erst nach Ablauf der 12. Schwangerschaftswoche mitteilen dürfen. Das beschloss Ende Februar der Schweizer Nationalrat im Rahmen der vom Bundesrat vorgeschlagenen Novelle des Gesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG). Für die Novelle stimmten 175 Abgeordnete. Drei stimmten dagegen, zehn enthielten sich. Damit die Novelle in Kraft treten kann, muss noch der Ständerat zustimmen.

Forscher wollen Eizellen gezüchtet haben

Edinburgh. Wissenschaftler der Universität Edinburgh wollen unreife Vorläuferzellen menschlicher Eizellen im Labor erstmals bis zur völligen Reife gebracht haben. Wie das Team um Evelyn Telfer in der Fachzeitschrift „Molecular Human Reproduction“ schreibt, habe es dazu Eierstöcken entnommene Zellen in verschiedenen und mit speziellen Wachstumsfaktoren versehenen Kulturmedien reifen lassen. Binnen 20 Tagen hätten sich aus den unreifen Vorläuferzellen Zellen entwickelt, die mehrere der Eigenschaften aufwiesen, die für reife Eizellen charakteristisch seien. Wie die Forscher weiter schreiben, wiesen die Zellen jedoch auch sichtbare Anomalien auf. Ob aus solchen Zellen – im Falle einer künstlichen Befruchtung – auch gesunde Kinder entstehen können, sei völlig offen.

Protest: Arzt verlässt belgische Euthanasie-Kommission

Brüssel. In Belgien ist der Neurologe Ludo Vanopdenbosch unter Protest aus der Kommission ausgetreten, die die Handhabung der legalisierten „Tötung auf Verlangen“ überprüfen soll. Das berichtet das Online-Portal des Deutschen Ärzteblatts. Demnach bemängelte Vanopdenbosch in einem Schreiben an das belgische Parlament, die Kontrollkommission sei weder „unabhängig“ noch „objektiv“. Wie das Portal schreibt, beziehe sich der Neurologe auf den Fall eines Demenzpatienten, dem im September des vergangenen Jahres eine Überdosis Schmerzmittel verabreicht worden seien. In dem konkreten Fall hätten weder eine Patientenverfügung noch Aufzeichnungen vorgelegen, aus denen hervorgehe, dass der

Patient seine Tötung verlangt habe. Vanopdenbosch zufolge sei der Patient vielmehr auf Wunsch seiner Angehörigen getötet worden. Wie der Arzt weiter schreibt, sei die für eine Weiterleitung des Berichts an die Staatsanwaltschaft notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit in der Kommission verfehlt worden. Und das obwohl in dem Fall „keine der Bedingungen, die im Gesetz beschrieben wurde“, erfüllt worden seien. Einzige Ausnahme sei der Bericht danach. In Belgien ist die „Tötung auf Verlangen“ gesetzlich erlaubt, wenn der Patient unheilbar krank ist, unerträglich leidet und um die Tötung auf Verlangen ersucht.

Organspende: Niederland führt Widerspruchsregelung ein

Den Haag. Im Falle eines diagnostizierten Hirntods können in den Niederlanden künftig jeder volljährigen Person Organe entnommen werden, sofern die Person dem zuvor nicht ausdrücklich widersprochen hat. Das berichtet das Online-Portal der Wochenzeitung „Die Zeit“. Demnach nahm der Senat des niederländischen Parlaments jetzt einen Gesetzentwurf zur Einführung der sogenannten Widerspruchsregelung mit einer knappen Mehrheit von zwei Stimmen an. Die wichtigere, zweite Kammer des Parlaments hatte dem Gesetzentwurf bereits im Jahr 2016 zugestimmt. Bisher mussten Niederländer, die im Falle eines diagnostizierten Hirntods Organe spenden wollten, sich – ähnlich wie in Deutschland – als Organspender registrieren lassen. Wie „Zeit online“ schreibt, wolle das niederländische Parlament mit der Gesetzesnovelle einem Mangel an Spenderorganen entgegenwirken. Bisher kämen in den Niederlanden auf eine Million Einwohner nur 15 als Organspender registrierte Personen. In Spanien – das Land mit den meisten Organspendern weltweit – kämen 40 Organspender auf eine Million Einwohner.

China: Forscher klonen erstmals Affen

Shanghai/Berlin. Die nach eigenen Angaben erfolgreiche Klonierung zweier Affen durch chinesische Wissenschaftler der Universität Shanghai ist in Deutschland überwiegend auf Kritik gestoßen. Wie die Forscher um Zhen Liu in der Fachzeitschrift „Cell“ schreiben, hätten sie bei ihren Versuchen eine leicht modifizierte Form der Technik verwendet, mit der Forscher um Ian Wilmut 1996 das Klon-schaf Dolly erschaffen hatten. Mit dem sogenannten somatischen Zellkerntransfer haben Forscher seitdem rund 20 Tierarten mehr oder weniger erfolgreich kloniert. Primaten waren allerdings bisher nicht darunter. Bei dem somatischen Zellkerntransfer wird zunächst der Zellkern einer Körperzelle eines Lebewesens isoliert. Anschließend wird der Zellkern, der die gesamte genetische Information des Spenders enthält, in eine entkernte Eizelle derselben Spezies transferiert und mit dieser fusioniert. Danach wird die Eizelle, die nun das genetische Programm des Spender des Zellkerns enthält, einem Leihmuttertier eingesetzt. Wie die Forscher in ihrer Publikation schreiben, hätten sie bei ihren Versuchen insgesamt 301 Klonembryos erzeugt. 260 von ihnen seien anschließend auf 63 Leihmutteraffen transferiert worden. Dabei sei es zu 28 Schwangerschaften und vier Geburten gekommen. Zwei der vier Affen seien jedoch kurz nach der Geburt gestorben. Ein auf der Website der Fachzeitschrift veröffentlichtes Video zeigt angeblich die beiden Überlebenden beim Spielen. Im Interview mit dem Deutschlandfunk nannte der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Peter Dabrock, die Meldung von der erfolgreichen Klonierung zweier Affen „symbolisch bedeutsam“. Erstmals sei ein Primat geklont worden, mit dem Menschen mehr verbinde als mit allen anderen Tieren.